

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 150. Ratssitzung vom 5. April 2017

2826. 2017/66

Postulat von Guy Krayenbühl (GLP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 22.03.2017:

Zusammenschluss der Abteilungen der Stadt- und Kantonspolizei im Bereich der digitalen Forensik

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Guy Krayenbühl (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2786/2017): Es gibt heute keine Diskussion zum PJZ. Der anstehende Bezug des PJZ durch die Kantonspolizei und der fehlende Wille in den 90er Jahren zu einer urbanen Kantonspolizei zeigen heute die finanziellen Konsequenzen für die Stadt. Es muss ein eigenes Kriminalgebäude gebaut werden, die bisherigen, kostengünstigen Synergien gehen verloren. Hinzukommen wird jedoch ein Mehrverkehr. Bis jetzt konnten die Häftlinge vom provisorischen Polizeigefängnis zu Fuss zur Kriminalpolizei zugeführt werden. Künftig werden wir diese mit dem Auto transportieren müssen. Die politischen Entscheide wurden getroffen, daran können wir jetzt nichts ändern. Beim Projektbild zum geplanten Polizeigebäude am Mühleweg tritt prominent das Logo der Kantonspolizei auf. Das ist interessant. Für uns ist klar, dass wir nichts gegen die Stadtpolizei haben. Wir wollen aber, dass sich aufdrängende Zusammenarbeiten mit der Kantonspolizei auch umgesetzt werden. In der Behandlung zur Weisung wurde seitens der Stadtpolizei viel Rauch um die Bekämpfung der Cyberkriminalität gemacht. In diesem Zusammenhang wurde auch geltend gemacht, dass ein Mehrbedarf an Flächen notwendig sei, da der Auswertungsaufwand stetig steige. Um diesen Auswertungsaufwand künftig bewältigen zu können, besteht nicht nur ein räumlicher, sondern auch ein technischer Mehrbedarf. Seitens der Stadtpolizei seien für die Auswertung bereits eigene Programme entwickelt worden. Wenn man diese Begründung hört, dann kommt der Verdacht auf, dass in diesem Bereich keine Synergien bestehen. Dies ist keine kostengünstige Lösung. Wir fordern den Stadtrat auf, zu prüfen, ob im Bereich der digitalen Forensik ein vollständiger Zusammenschluss vollzogen werden kann. Gerade in diesem Bereich drängt sich unserer Ansicht nach eine engere Kooperation auf.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

***STR Richard Wolff:** Cyberkriminalität, digitale Forensik und Forensik werden in einen Topf geworfen. Das ist ein Problem. Auch bei Fachleuten gibt es oft keinen stringenten Begriffsgebrauch. Wir müssen dies jedoch klar trennen. Bei Cyberkriminalität gibt es eine Zusammenarbeit mit dem Kanton. Diese Zusammenarbeit funktioniert sehr gut und sie soll im PJZ weitergeführt werden. Cyberkriminalität betrifft grosse Fälle, also zum Beispiel Fälle, bei denen Banken angegriffen werden. In solchen Fällen wird das Internet als Medium genutzt, mit dem kriminelle Handlungen durchgeführt werden. Dies ist etwas*

anderes als digitale Forensik. Cyberkriminalität ist häufig international, hier ist Kooperation notwendig. Digitale Forensik ist einfach ein weiteres Instrument zur Auswertung. Digitale Forensik trägt dem Umstand Rechnung, dass heute jeder für alles einen Computer oder ein Mobiltelefon braucht. Es gibt kaum eine Art von Kriminalität, bei der nicht in irgendeiner Weise ein Computer oder ein Handy mit im Spiel ist. Damit dies auf einer grundlegenden Ebene ausgewertet werden kann, braucht es die digitale Forensik. Diese gehört zum Alltagsgeschäft der Polizei. Die digitale Forensik muss bei der Stadtpolizei und der Kantonspolizei vorhanden sein. Das müssen alle beherrschen. Weil digitale Forensik mit der weiteren Verbreitung digitaler Geräte zunimmt, müssen die Leute ausgebildet werden. Eine Zusammenführung schafft nur unnötige Bürokratie und Komplikationen. Es ist einfacher, wenn dies jeder für sich umsetzt.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Egli (FDP): *Wir haben bei der Vorberatung zu diesem Postulat diskutiert, was damit gemeint sein könnte. Ich habe bereits vorher gesagt, was ich von Synergieeffekten halte. Diese können nicht das Ziel des Postulats sein. Wenn man jedoch hört, dass einzelne Polizeicorps Programme entwickeln, stellt sich die Frage, ob andere Polizeicorps dasselbe Programm entwickeln müssen. Ein solches Programm könnte gemeinsam genutzt werden. Das Postulat kann so ausgelegt werden, wie es die GLP tut. Da stellt sich die Frage, ob das Postulat auch im Kantonsrat eingereicht wurde. Grundsätzlich stimme ich tendenziell der Auslegung von Stadtrat Richard Wolff zu. Ich bin der Ansicht, dass die einfache Auswertung, also beispielsweise die Untersuchung eines Computers oder Mobiltelefons, beim jeweiligen Polizeicorps verbleiben muss. Man soll nicht jedes Mal einen Antrag beim befreundeten Polizeicorps stellen müssen. Es gibt aber gewisse Bereiche, in denen gemeinsame Dienste verstärkt genutzt werden könnten. Die Diskussion zwischen Stadt- und Kantonspolizei ist nicht mehr so vergiftet wie früher. Die Zusammenarbeit funktioniert gut, könnte jedoch auf institutioneller Ebene verbessert werden.*

Guy Krayenbühl (GLP): *Ich möchte zum Votum von Stadtrat Richard Wolff Stellung nehmen. Im forensischen Institut wurde die Spurensicherung zusammengelegt. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das bei der Auswertung digitaler Daten nicht möglich sein soll. Ich bin damit einverstanden, dass einfache Auswertungen vor Ort durchgeführt werden sollen. Sobald die Auswertung komplizierter wird, können die beiden Corps sie gemeinsam durchführen.*

Das Postulat wird mit 93 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat